

Christian Fuchs
Digitale Demagogie
Autoritärer Kapitalismus in Zeiten von Trump und Twitter
VSA-Verlag 2018
- alle Zitate aus Vorwort und Einleitung

„Der Kapitalismus ist in seiner heutigen Erscheinungsform ein informationeller und kommunikativer Kapitalismus. In der Politik wird dies unter anderem an der Verwendung sogenannter »sozialer Medien« für politische Zwecke deutlich... Will man den rechten Autoritarismus und den autoritären Kapitalismus verstehen, so muss man deren kommunikative Dimensionen berücksichtigen...“

Wie kommt einer dazu, am Kapitalismus in seiner „heutigen Erscheinungsform“ das Informationelle und Kommunikative festzumachen? Geht es nicht bei weltweiter kapitalistischer Wirtschafterei und globaler Staatsmacherei wesentlich um die *Akkumulation ökonomischer und politischer Macht*? Hier wäre als erstes zu klären, was sich da geändert oder verschoben hat, was der Autor befremdlich bis verkehrt als „Autoritarismus“/„autoritären Kapitalismus“ verstanden haben will.

Und was soll man von dem Vorausgeschickten des Umschlagens von Wirtschaftskrise in „politische und ideologische Krisen“ halten? Gerade Amerikas Trump mit seiner schauerhaften Personifikation des America first-Programms ist ein einziges Dokument dafür, wie dieser zum Rest der Welt eine Stellung der unverhohlenen und unbedingten Unterordnung derselben unter die Renovierung der Weltmachtansprüche der USA einnimmt – von wegen ideologische und politische Krise!

Und das mit der Trumpschen Twitterei ist zunächst für sich gar nichts Besonderes: es ist neumodisches Medium für die Selbstdarstellung der amerikanischen Politik. Andererseits, und hier schließt sich der Kreis zum amerikanischen Staatsmaterialismus, wie ihn Trump in die Welt hinausposaunt: er nimmt seine täglichen Tweets als Gelegenheit, direkt und unverfälscht seine Botschaften los zu werden, nämlich seine Ansagen gegen die früheren imperialistischen Kumpaneien, mit der Kündigung derselben nurmehr den US-Standpunkt durchzudrücken, dass sich der Rest der Staatenwelt einseitig zum Vorteil der ökonomischen Rechnungen Amerikas zur Verfügung zu stellen habe. Welcher feindliche Gehalt im Verhältnis auch zu denen darin steckt, die anno dazumal sich als Verbündete dem freien Westen zurechneten, kann man dem entnehmen, wie Handel und Wandel heutzutage von dem Ober-Ami wie eine kriminelle Enteignung eigentlich der Supermacht Zustehendem gehandhabt wird – wo dann die Kleinigkeit nicht weiter interessiert, dass der Aufstieg einiger zu bedeutenden Konkurrenten der USA auf der amerikanisch begründeten Weltwirtschaftsordnung fußte, bzw. letzere in dem Sinne zu korrigieren beabsichtigen, dass nur noch ausschließlich das Bereicherungsinteresse amerikanischen Kapitals an anderen Nationen zählen würde.

Was der Autor zu neuem Kennzeichen des Weltkapitalismus aufbauscht, als „digitale Demagogie“, dem lässt sich allenfalls entnehmen, dass der Trump sich mit seinem Getwittere absetzt von dem, was jahrzehntelang als Pluralismus der freien Presse eingerichtet ist: offensichtlich vermisst der Präsident; wie wenig die schreibende und sonstige Presse als Sprachrohr für die Propaganda seiner America-first-Politik taugt,

wiewohl diese in ihrer Berichterstattung und Kommentiererei nichts anderes leitet als die nationale Sorge um das amerikanische Gemeinwesen nach innen und außen.

„... Auf der Basis der anhaltenden ökonomischen Krisenkonstellation vollzieht sich ein Übergang zu einem transnationalen Regime [, das] [...]dazu tendiert, demokratische Verfahren und Grundrechte außer Kraft zu setzen.“

Ebenso stellt es eine Verschiebung der Gegenstandsbestimmung im o.g. Sinne dar, als Kennzeichnendes einer behaupteten Krisenlage, wo auch erst zu klären wäre, worin die überhaupt besteht, dass diese schnurstracks in „Infragestellung der Demokratie“, Außerkraftsetzung von „demokratischen Verfahren und Grundrechten“ münden würde. Selbst wenn es stimmte, wäre es vielleicht einer Überlegung wert, was Grundrechte der Sache nach sind, die Staaten angeblich in der Krise für überflüssig erklären: erstens ist dies eine Übertreibung, zweitens betreffen all die schönen demokratischen Werte eine Weise der Regelung eines Herrschaftsverhältnisses zwischen oben und unten, der Demokraten im Allgemeinen eine enorme Produktivkraft für ihre Machtentfaltung zuschreiben; wenn die Betonung auf Letzeres liegt, mag es Situationen geben, wo „demokratische Verfahren“ als störend für die Durchsetzung der Herrschaftszwecke eingestuft werden. Aber unter den Zeiten seit Trump und den Rechtstendenzen in anderen Ländern fast schon einen Übergang zum Faschismus zu wittern, ist doch ein bisschen sehr gewagt und übertrieben:

„Dass ein Buch über den rechten Autoritarismus von Donald Trump und den USA handelt, hat damit zu tun, dass er vermutlich die im Moment mächtigste Person der Welt ist. Doch dieser Umstand sollte niemanden zur Annahme verleiten, dass es sich beim rechten Autoritarismus um rein »amerikanische Zustände « handelt und wir im deutschen Sprachraum komplett andere Verhältnisse vorfinden. Erstens sollte nicht vergessen werden, dass der Terror des Nazi-Faschismus eine historische Singularität an Barbarei darstellt, die niemals vergessen werden darf. Und zweitens sind rechtsautoritäre Kräfte auch im deutschen Sprachraum relativ weitverbreitet.“

„Diskutieren wir rechte Politik im deutschsprachigen Raum, so sollte nicht vergessen werden, wie unmenschlich die »Troika« unter der Führung des damaligen deutschen Finanzministers Wolfgang Schäuble Griechenland behandelt und in ein Austeritätslabor verwandelt hat,...“

„Rechte Politik“ erhält im Zusammenhang mit Griechenlandaffäre eine nicht gerade objektive Fassung als „unmenschlich“.

„Die Folge davon ist eine permanente soziale Krise Griechenlands. Der Diskurs über Griechenland ist in Deutschland oft mit xenophoben Vorurteilen über die angeblich »faulen Griechen« verbunden, der mehrere Dinge völlig außer Acht lässt. Erstens hat das deutsche Kapital eine wesentliche Rolle bei der Etablierung der Zentrum-Peripherie-Verhältnisse der EU gespielt, was zu einer Dependenz Südeuropas, zu dem Griechenland zählt, mitsamt der daraus folgenden Entwicklung der Unterentwicklung geführt hat. Zweitens hat die Vorgehensweise gegenüber Griechenland dazu beigetragen, die Legitimitätskrise der EU voranzutreiben, die durch den Brexit und das Nichttagieren der EU gegen rechtsautoritäre Politik etlicher Mitgliedsländer in der Flüchtlingsfrage weiter verschärft wurde.“

Wenn man bemerkt haben will, wie schlecht Griechenland seitens der EU behandelt wurde, was mit „Etablierung der Zentrum-Peripherie-Verhältnisse“ durch dt. Kapital, „Dependenz Südeuropas“, „Entwicklung der Unterentwicklung“ charakterisiert wird, ist man weit entfernt von der Bestimmung der für Griechenland verheerenden euro-imperialistischen

Räson, wenn daraus ein Vorantreiben der „Legitimationskrise der EU“ gezimmert wird, die gemessen nur an einer besseren politologischen Vorstellung des imperialistischen Vereins herrührt: die ruinöse Abwicklung des griechischen Ökonomie- und Politwesens, die in die Wege geleitete Abspaltung Großbritanniens und die „rechtsautoritäre Politik etlicher Mitgliedsländer in der Flüchtlingsfrage“ und das „Nichtagieren der EU“ dagegen – wobei im Falle letzterer Sache die nötige Gewalt, um andere Mitgliedsländer zur Räson zu bringen, dem Kritiker der neoliberalen Gewalt nicht fremd ist – zeugen eher von dem parteiischen Insistieren auf einen idealisierten EU-Block von sowas wie „gleichgewichtiger Entwicklung“ und gutem transnationalen Einvernehmen der EU-Mitglieder. Es werden eigentlich höchst verschiedene Sachverhalte und wie sich die EU dadurch eine ‚Rufschädigung‘ eingehandelt haben soll, unterschiedslos unter „Legitimationskrise“ subsumiert. Wenn man es reell nimmt: das griechische Volk mag einigen Groll haben gegen das seinerzeitige Hineinregieren in ihre Nation und dem verordneten Verarmungsprogramm, ein Aufstand dagegen ist nicht erfolgt; die griechischen Herrscher haben sich zwar zunächst aufgebäumt gegen die Austeritätspolitik, aber sich ansonsten den Anordnungen aus Brüssel gefügt. Also nichts von handfester Delegitimierung zu sehen.- Für wen und inwiefern soll der Brexit Zeichen von weniger EU-Legitimierung sein? Allenfalls die Briten haben mehrheitlich entschieden, dass sie außerhalb des imperialistischen Klubs ihren nationalökonomischen und nationalen Fortschritt besser bewerkstelligen würden als in diesem: das ist eine praktische Delegitimierung aufgrund von den Briten wie auch immer kritisch ausgemalter Erfolgsbedingungen für ihre Nation innerhalb der EU. – Das „Nichtagieren der EU gegen rechtsautoritäre Politik etlicher Mitglieder“ als verschärfendes Moment der in Szene gesetzten Legitimationskrise ist schon unverfroren: dies wirbt damit, dass die EU die erforderliche Härte/Gewalt habe vermissen lassen, um widerspenstige Mitglieder auf Linie zu bringen. Andererseits wieder reell: aus der Betonung des Nationalen bei den Rechten lässt sich erschließen, was für die die EU nicht mehr legitimiert: die inferioren unter den EU-Staaten haben wie Ungarn ein Resümee aus ihrer Mitgliedschaft gezogen, dass diese ihr nationales Fortkommen eher untergräbt als fördert, wo zu Beginn des Mitmachens in der EU das Gegenteil versprochen ward.

„In den USA gewann Donald Trump die Präsidentschaftswahl mit einer nationalistischen Kampagne, die versprach, »zuerst an Amerika« (»America First«) zu denken und »Amerika wieder groß zu machen« (»Make America great again«). Er griff dabei auf zahlreiche Vorurteile zurück. Beispielsweise setzte er Einwanderer mit Kriminellen gleich: ... Seine Wahl folgte einer Kampagne, in der er häufig eine tief spaltende und von Frauenfeindlichkeit sowie Xenophobie geprägte Rhetorik verwendete und versprach, bestehende Bürgerrechte zurückzudrängen und hochgradig menschenrechtswidrige Gesetze einzuführen.“

Was hier unter „Make America great again“ als Beispiel ausgeführt wird, die feindliche Stellung des US-Oberen gegen für ihn nichtsnutzige Einwanderer, darin geht unter, was das viel weitgreifendere Programm der Neuaufstellung Amerikas für die Sicherung und den Ausbau ihrer globalen Überlegenheit ausmacht: das mit den Mexikanern ist eine Unterabteilung der Geltendmachung von America first: da werden Ausländer als Schädlinge, weniger in einem staatsmateriellen Sinn – was sollen die auch an Unterminierung amerikanischer Weltmacht zustande bringen – als in einem nationalmoralischen Sinne, in grundsätzlicher Weise als Feinde amerikanischer Nation und deren Volkstum behandelt, schlicht darüber, dass sie nicht Ausweis des guten Amerikaners sind.

Bürgerrechte und Gesetze gehorchen immer schon dem Prinzip des Dienstes am nationalen Nutzen, worin einbegriffen ist deren Modifizierung genau gemäß dem letzteren. Sich Bürgerrechte ganz jenseits davon vorzustellen, wofür sie von Staats wegen gewährt werden, ist ein Fehler, lebt von diesen als Wert an und für sich und beschönigt das in diesen Rechten angelegte Herrschaftsgewaltige, wie nämlich der Staat darin vorschreibt, was die Bürger dürfen und was nicht unter dem einzig gültigen Gesichtspunkt des Fortkommens des bürgerlichen Machtgetriebes, wo die Leute eben als das dafür benutzte Material eingeplant sind.

Der Autor zitiert ausgiebig, wie sich der Nationalismus z.B. in Europa äußert:

Ungarn: *„jeder einzelne Einwanderer ein Risiko für die öffentliche Sicherheit und ein Terrorrisiko“*

Österreich: *„Zu viel Fremdes tut niemandem gut“*

Niederlande: *„Wir müssen uns von der EU befreien und die Kontrolle über unsere Grenzen zurückgewinnen“.*

Weder ist dem Schreiber geläufig, wie die von ihm beklagten nationalistischen Bewegungen in Europa ein Produkt der Konstruktion der EU sind, nämlich einer Bilanzierung der EU-Zugehörigkeit für den eigennationalen Fortschritt entspringen; bei den Verliererstaaten hat die freigesetzte Konkurrenz zwischen nach wie vor souveränen Staaten das einst proklamierte Einträglichkeit für die Nation hintertrieben, weshalb die den EU-Zusammenschluss von ihrer nationalen Warte aus kritisch beäugen. – In den besser betuchten Nationen oder regelrechten Gewinnern wie D. schwingen sich Rechtsnationalisten zur unbedingten Unterordnung der konkurrierenden EU-Mitglieder unter das Interesse der Nation auf, worüber gleich das vertragliche Konstrukt der wechselseitigen Benutzung überhaupt umgelogen wird in einzigen Schaden für Deutschland, unter dem die BRD gerade zur europ. Führungsmacht aufgestiegen ist.

Wenn ausgeführt wird:

„Rechts-rechte Demagogen machen sich diese Unsicherheiten und die daraus resultierenden Ängste für ihre Zwecke zunutze. Sie lenken die Aufmerksamkeit von den komplexen gesellschaftlichen Ursachen dieser Krisen ab, indem Sündenböcke konstruiert und Nationalismus sowie Law & Order-Politik gepredigt werden.“

- dann zeugt dies auch von wenig Kenntnis über den Begriff des Rechtsnationalismus: dieser würde „Unsicherheiten“ und „Ängste“ sich zunutze machen; unterstellt dies nicht bei den betroffenen Normalos die gleiche verkehrte Sicht, das politische Umfeld durch eine nationalistische Brille zu deuten? Unsicherheiten und Ängste, deren Inhalt nicht näher ausgeführt werden, sind von vorherein welche unter dem Gesichtspunkt der eigenen Nation und was deren Bestand und Fortkommen schade bzw. was es an staatlichen Gewalteinsatz dagegen bräuchte. Deswegen müssen diese nicht erst für die Zwecke der Rechtsparteien ausgenutzt werden, sondern haben als solche sowieso gleich ihre politische Heimat in diesen - manche nur theoretisch, andere praktisch mit dem Parteieneintritt oder der Wahl der Rechten – Und was soll man vom Rechtsdenken anderes erwarten als das Bornierte, alles und jedes als der nationalen Heimstatt Zugutekommendes zu begutachten, weshalb „komplexe gesellschaftliche Ursachen“ gar nicht erst in deren Blickfeld geraten. Es geht doch fehl, bei den Rechten was zu monieren, was absolut nicht in deren Reichweite liegt. – Das mit der Konstruktion von „Sündenböcken“ liegt auch schief: wem es auf das Nationale und dessen Wohl als Höchstem ankommt, für den sind Ausländer per se ein Anschlag auf die Nation (von dem die Propaganda von der „Zersetzung der Gastvölker“ hinreichend Zeugnis ablegt^{*)}) – im

Unterschied zu den gewöhnlichen Demokraten, die bei grundsätzlichen Vorbehalten und Abgrenzungen gegen Angehörige anderer Nationen unter dem Aspekt der Förderung des Nutzens ihrer Nation und deren Wirtschaft auch schon mal Auswärtige unter allerlei Zulassungsbedingungen gebrauchen können.

*)Solche Sprüche wie „Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg“ haben nichts ‚Sündenbockhaftes‘ an sich, sondern nehmen zum Ausländer gleich die Stellung eines prinzipiellen Schädigers an ein-gebildeter nationaler Vorrangstellung der Einheimischen ein, wobei eben die Betonung auf letzteres liegt und nicht einfach eine schiefliegende Ursachenbestimmung zu einem gescheiterten Materialismus abgegeben wird. Bei Rechtsextremen ist keinerlei falsch gestrickter Materialismus unterwegs, sondern solche Sprüche wie der obige stehen gleich für einen grundsätzlichen Angriff auf das vorgestellte Vorrecht auf eine nationale Heimstatt. Beim gewöhnlichen Bürger, der noch nicht den Übergang zum Rechtsextremismus vollzogen hat, da mag es Sinn machen, aufzuklären, dass dieser sich täuscht, Mitkonkurrenten, die genauso wie der Einheimische der Konkurrenzauslese durch die wirklich Wirtschaftsmächtigen, die Unternehmer, ausgesetzt sind, für die eigene materielle Misere verantwortlich zu machen.